



22.046

**Covid-19-Gesetz. Änderung
(Verlängerung und
Änderung ausgewählter Bestimmungen)****Loi Covid-19. Modification
(prolongation et modification
de certaines dispositions)***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.22 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie, das sogenannte Covid-19-Gesetz, ist seit dem 26. September 2020 in Kraft. Seither wurde es viermal geändert, letztmals am 17. Dezember 2021 im Rahmen der Verlängerung einiger Bestimmungen. Die Geltungsdauer der meisten Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes endet am 31. Dezember 2022. Der Bundesrat möchte jedoch sicherstellen, dass ausgewählte Handlungskompetenzen und bewährte Instrumente zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie auch über das Jahr 2022 hinaus zur Verfügung stehen. Um mögliche saisonale Erkrankungswellen – insbesondere in den Wintermonaten – zu verhindern, wird dem Parlament deshalb eine befristete Verlängerung einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes bis im Sommer 2024 beantragt.

Trotz Stabilisierung der Lage ist davon auszugehen, dass das Coronavirus Teil des Infektionsgeschehens in der Schweiz, aber auch weltweit bleiben wird und sich die Gesellschaft auf einen längerfristigen Umgang mit dem Virus einstellen muss. Der weitere Verlauf der Covid-19-Pandemie lässt sich kaum zuverlässig abschätzen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es auch in Zukunft zu saisonalen Covid-Erkrankungsfällen kommen, deren Intensität jedoch nur schwer voraussehbar ist.

Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ist es nach Ansicht des Bundesrates notwendig, insbesondere für die nächsten beiden Winterhalbjahre die Rechtsgrundlagen für ausgewählte Massnahmen beizubehalten. Im Bereich der Gesundheitsversorgung sollen die Kompetenzen des Bundesrates in Bezug auf die Beschaffung und Herstellung von wichtigen medizinischen Gütern sowie in Bezug auf die Meldung von Kapazitäten der Gesundheitsversorgung und, damit verbunden, die Verpflichtung der Kantone zur Finanzierung der Vorhalteleistungen zur Abdeckung von Auslastungsspitzen in der Gesundheitsversorgung verlängert werden.

Bezüglich der Kosten für Covid-19-Tests gilt aktuell, dass der Bund diese übernimmt und für die Detailregelung zuständig ist. Ab dem 1. Januar 2023 sollen neu die Kantone die Kosten für die Durchführung von Covid-19-Analysen tragen. Um einen nahtlosen Übergang über den Jahreswechsel zu gewährleisten, soll die Abrechnung im ersten Quartal 2023 weiterhin über den Bund laufen, wobei er den Kantonen anschliessend die Kosten in Rechnung stellt. Ab dem 1. April 2023 sollen die Kantone sowohl die Kosten für die Durchführung von Covid-19-Analysen tragen wie auch für die entsprechenden Detailregelungen zuständig sein. Ebenso sollen spezifische Massnahmen zum Schutz vulnerabler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich sein.

Angesichts der positiven Entwicklung der epidemiologischen Lage konnte der Einsatz des Covid-19-Zertifikats im Inland

**AB 2022 S 1077 / BO 2022 E 1077**

per 17. Februar dieses Jahres aufgehoben werden. Die Nutzung des Covid-19-Zertifikats im internationalen Reiseverkehr, insbesondere im EU-Raum, soll jedoch über das Jahr 2022 hinaus möglich sein, und in der Folge muss dessen internationale Kompatibilität gewährleistet bleiben. Daher schlägt der Bundesrat vor, die gesetzliche Grundlage für das Covid-19-Zertifikat zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs und zur Wahrung der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums zu verlängern. Weiter sollen die gesetzlichen Grundlagen der Swiss-Covid-App aufrechterhalten bleiben, damit die seit dem 1. April 2022 deaktivierte App in den Wintermonaten 2023/24 bei Bedarf wieder eingesetzt werden kann.

Der Ständerat ist Zweitrat. Der Nationalrat ist in der Herbstsession der bundesrätlichen Vorlage bis auf zwei Änderungen gefolgt und hat die Vorlage mit 147 zu 47 Stimmen angenommen. Folgende zwei Änderungen hat der Nationalrat vorgenommen:

1. Bei den Spitalkapazitäten will der Nationalrat die Kantone verstärkt in die Pflicht nehmen. Sie sollen für genügend Reserven für den Fall pandemiebedingter Belastungsspitzen sorgen, und sie sollen für den Fall der Aufnahme ausserkantonaler Patientinnen und Patienten in einem Spital gegenseitige Finanzierungsvereinbarungen abschliessen müssen.

2. Bei der Frage der Bezahlung der Testkosten weicht der Nationalrat vom Entwurf des Bundesrates ab. Der Bundesrat möchte, dass ab dem kommenden Jahr die Kantone diese Kosten tragen und nicht mehr, wie seit dem Ausbruch der Pandemie, der Bund. Vom 1. April 2023 an sollen die Kantone dann die Verantwortung für das Testsystem tragen. Die Kantone wehrten sich schon in der Vernehmlassung dagegen. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren rechnet mit mehreren hundert Millionen Franken Mehrkosten für die Kantone. Der Nationalrat beschloss deshalb, dass weiterhin der Bund die Testkosten und die Verantwortung für die Tests tragen soll.

Zur Arbeit in der Kommission: Wie der Bundesrat und der Nationalrat ist auch Ihre Kommission für eine Verlängerung ausgewählter Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes. Was die Änderung des Nationalrates bezüglich einer zusätzlichen Inpflichnahme der Kantone bei den Vorhalteleistungen der Spitäler betrifft, ist Ihre Kommission einstimmig der Auffassung, dass diese weder notwendig noch sinnvoll ist. Sie empfiehlt hier, dem Bundesrat zu folgen.

Mehr zu diskutieren gab dann die Thematik der Übernahme der Testkosten. Es ging dabei erstens ganz grundsätzlich um die Frage, ob und wie lange es überhaupt noch notwendig und opportun ist, hier das Covid-19-Gesetz zu verlängern und damit weiterhin hohe Kosten für die öffentliche Hand in Kauf zu nehmen. Zweitens ging es darum, wer dann im Falle einer Verlängerung die Testkosten zu tragen hat: der Bund, die Kantone oder beide.

Noch ein Wort zu den Kosten: Gemäss Finanzdepartement wurden im Bereich der Testkosten für das Jahr 2021 im Bundeshaushalt 2,1 Milliarden Franken ausgegeben, und im laufenden Jahr sind 1,6 Milliarden Franken eingestellt. Würde die Übernahme der Testkosten bis Ende 2024 verlängert, hätte dies gemäss groben Schätzungen im Jahr 2023 insgesamt etwa 430 Millionen Franken Mehrkosten zur Folge. Im ersten Halbjahr 2024 würden sich die Kosten schätzungsweise auf 210 Millionen Franken, also etwa die Hälfte, belaufen.

In der Diskussion setzte sich schliesslich eine Mehrheit durch, welche das heutige Testregime im Covid-19-Gesetz noch bis Ende März 2023 verlängern will, um dann am 1. April 2023 wieder zum ursprünglichen Regime zurückzukehren. Bis 31. März 2023 soll die öffentliche Hand weiterhin Teststrukturen bereithalten und betreiben. Die Kosten dafür sollen gemäss der Mehrheit für diese drei Monate wie bis anhin beim Bund bleiben. Allerdings gibt es hier nebst dem bundesrätlichen Entwurf gleich drei Minderheitsanträge, welche ein anderes Regime bei der Durchführung der Tests und der Übernahme der Kosten vorsehen. Diese werde ich dann in der Detailberatung gerne erläutern.

Ihre Kommission beantragt Ihnen, einzutreten und den Beschlüssen des Nationalrates zu folgen, ausser bei zwei Artikeln. Bei Artikel 3 Absatz 4bis beantragen wir einstimmig, dem Bundesrat zu folgen. Bei Artikel 3 Absätze 5 und 5bis werden Sie eine Palette von fünf Anträgen vor sich haben, welche ich dann noch erläutern werde.

Ich empfehle Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dann in der Detailberatung der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Hegglin Peter (M-E, ZG): Mit der Aufhebung aller Massnahmen gegenüber der Bevölkerung in der Covid-19-Verordnung endete Ende März 2022 auch die besondere Lage. Seither gilt die normale Lage. Ich teile die Meinung des Berichterstatters der Kommission, der gesagt hat, dass trotz Stabilisierung der Covid-19-Situation davon auszugehen ist, dass das Coronavirus Teil des Infektionsgeschehens in der Schweiz, aber auch weltweit



bleiben wird. Wir werden lernen müssen, mit diesem Virus zu leben.

Beim Beschluss über die Verlängerung der Covid-19-Gesetzgebung soll heute auch ein Rückblick erlaubt sein. Wir haben zur Bewältigung umfangreiche Massnahmen beschlossen und viele Kredite gesprochen. Es ist allgemein anerkannt, dass wir die richtigen Massnahmen ergriffen haben. Ich möchte an dieser Stelle den Verantwortlichen in der Bundesverwaltung bestens danken. Trotzdem dürfen wir nicht hingehen und vorgetragene Kritik verniedlichen, ablehnen oder gar ins Lächerliche ziehen. Es ist an der Zeit, mit der Aufarbeitung der Krisenbewältigung zu beginnen. Sie soll unvoreingenommen und von der Verwaltung unabhängig durch Dritte vorgenommen werden. Aus dieser Aufarbeitung sollen auch die richtigen Schlüsse für kommende Krisen gezogen werden.

Ich erwähne ein paar Beispiele, die einer seriösen Überprüfung und Klärung bedürfen. Beginnen möchte ich mit Aussagen zur Sterblichkeit bzw. zur Übersterblichkeit. Von Anfang an wurden unterschiedliche Angaben zur Sterblichkeit gemacht. Je nachdem, welche Statistik beigezogen wurde, gab es andere Zahlen. Dass es eine Übersterblichkeit gegeben hat, vor allem in der zweiten Welle, ist klar. Auch diesen Sommer gab es vermehrt Meldungen in Bezug auf eine Übersterblichkeit. Die ursächlichen Gründe konnten bisher nicht dargelegt werden. Es bleibt ein gewisses Unbehagen zurück. Diese Aussagen dürfen so nicht stehengelassen werden, sondern es braucht eine seriöse, unabhängige, wissenschaftliche Aufarbeitung. Diesbezüglich dürfen Eventualitäten auch nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Ich komme zu den Impfnutzenwirkungen. Wir müssen das Geschehen in Bezug auf die Impfungen sehr genau im Auge behalten. Es gibt sehr viele, die an der Impfwirkung zu zweifeln beginnen, weil trotz Impfungen viele angesteckt wurden. Dazu werden verschiedene Aussagen verbreitet. Es gibt verschiedene Professoren und Ärzte, die vermehrt Zweifel äussern, darunter auch Professoren und Ärzte, die ehemals Mitglieder einer Expertenkommission zur Evaluation der Corona-Schutzmassnahmen waren. Auch diese Vorbehalte, finde ich, dürfen nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden. Sie sind ernst zu nehmen, zu überprüfen und zu analysieren. Die Resultate sind möglichst transparent zu publizieren, um damit das Vertrauen in die Massnahmen des Bundes zu stärken. Andernfalls könnte sich daraus eine Dynamik entwickeln, wodurch den Fachleuten der Verwaltung weniger Glauben geschenkt wird als Dritten.

Die Höhe der Entschädigung für Testkosten ist ein weiteres Ärgernis. Diese hätte man viel schneller reduzieren sollen. Spezialisierte Testcenter haben übermässige Gewinne erwirtschaftet. Der Ansatz von 36 Franken für Schnelltests und 148 Franken für PCR-Tests ist einfach viel zu hoch. 2021 gaben wir 2,1 Milliarden Franken dafür aus, dieses Jahr 1,6 Milliarden Franken. Das sind pro Einwohner der Schweiz rund 450 Franken nur für die Testerei. Der Bundesrat hat inzwischen eine Verordnungsänderung in die Vernehmlassung gegeben. Diese soll zu Beginn des nächsten Jahres greifen. Sie dürfte zu Einsparungen von über 100 Millionen Franken führen.

Als letztes Ärgernis erwähne ich die missbräuchlich verrechneten Testkosten. Die Krankenversicherer melden dem BAG seit 2021 missbräuchliche Rechnungen. Das BAG sammelt

AB 2022 S 1078 / BO 2022 E 1078

diese Angaben und müsste heute in der Lage sein, zumindest rückblickend relativ genaue Schätzungen über die Grössenordnung anzustellen. Zudem können die Betrugsfälle ziemlich genau verortet werden. Mit einer Verordnungsänderung sollten diese Anbieter gesperrt und die Überwachung verbessert werden. Der Bund könnte klare Richtlinien für die Abrechnung von Tests erlassen, damit sich der Missbrauch nicht wiederholt. Auch sollten die Verfehlungen zur Anzeige gebracht werden. Betrug mit Bundesgeldern ist nicht zu tolerieren. Trotz dieser Bemerkungen bin ich für Eintreten auf die Vorlage. Die Vorlage hat erwiesenermassen klare Vorteile, so das Covid-Zertifikat für Reisen an andere Destinationen. Ich habe aber zu den Testkosten einen Minderheitsantrag eingereicht. Ich werde mich dann wieder zu Wort melden.

Berset Alain, conseiller fédéral: Je crois d'abord que, durant le débat d'entrée en matière sur ce projet, on doit rappeler que nous faisons toujours face au Covid-19 et que nous devons nous attendre à ce que ce virus continue de circuler et de provoquer des infections. Nous devons nous attendre à ce que des vagues saisonnières d'ampleur variable et difficiles à prévoir se produisent.

Dans ces conditions, et même si l'évolution a été très favorable depuis le début de l'année, avec le retrait de toutes les mesures sur le plan fédéral – je rappelle qu'il n'y en a plus et que nous étions l'un des tout premiers pays, si ce n'est le premier pays du continent, à lever les mesures contre le Covid-19 –, le Conseil fédéral estime qu'il est néanmoins nécessaire d'avoir la possibilité d'agir dans certains domaines, et ce pour les deux prochains hivers, à savoir l'hiver 2022/23 et l'hiver 2023/24. Pour ce faire, il est indispensable de proroger certaines dispositions de la loi Covid-19 jusqu'à l'été 2024. Sans quoi toute une série de dispositions seraient



caduques au 31 décembre 2022, donc dans un mois, alors qu'on voit bien, et cela a été rappelé dans le débat d'entrée en matière, que ces dispositions sont toujours nécessaires, en tout cas pour le moment.

Les dispositions qu'il s'agit de proroger concernent par exemple l'acquisition, la fabrication et l'encouragement de biens médicaux importants, ainsi que la déclaration des capacités sanitaires, sans cela nous n'aurions plus de base pour la gestion desdites capacités. Elles concernent le financement de réserves de capacités pour affronter les pics d'activité. Elles permettent de prendre des mesures spécifiques pour protéger les travailleurs vulnérables. Elles contiennent aussi, cela a été dit, la base légale pour le certificat Covid-19. Je dois dire que je n'ai pas été trop surpris lorsque j'en ai été informé, mais j'ai constaté qu'encore récemment de nouveaux Etats ont demandé des accords à la Suisse parce qu'ils exigent un certificat Covid-19 pour entrer sur leur territoire. Nous devons donc offrir cette possibilité à celles et ceux qui en ont besoin. Il y a encore d'autres éléments, mais je ne vais pas les détailler maintenant.

Deux points sont encore en discussion et font l'objet de propositions de minorité. D'une part, il y a la question de la mise en oeuvre contraignante du financement de réserves de capacité hospitalière. Le Conseil national a fixé une ligne; votre conseil a une autre position. Je rappelle ici que le Conseil fédéral s'est opposé à la réglementation prévue par le Conseil national – j'y reviendrai dans la discussion s'il y a un débat à ce sujet –, parce qu'il doute que ce soit utile au maintien des capacités nécessaires. Je crois que votre commission a partagé cet avis et a suivi le projet du Conseil fédéral.

D'autre part, il existe une divergence concernant le financement des tests. Le Conseil fédéral estime que le financement des tests par la Confédération doit s'arrêter à la fin de cette année, au 31 décembre 2022, et que les cantons doivent prendre en charge – et c'est d'ailleurs ce que prévoit la répartition normale de tâches – les coûts de ces tests à partir du 1er janvier 2023. Par contre, il est nécessaire et important de continuer à avoir des capacités de tests et que des tests soient faits, de manière à pouvoir accompagner l'évolution de la pandémie, notamment cet hiver et possiblement aussi le suivant.

Il y a des divergences sur ce point, parce que le Conseil national propose une pleine prise en charge par la Confédération jusqu'à la fin, soit jusqu'à l'été 2024, tandis que votre commission propose que ce soit le cas jusqu'au 31 mars 2023, et qu'ensuite on renonce à tout financement par les pouvoirs publics, y compris pour ce qui pourrait concerner les cantons, ce qui nous paraît poser aussi quelques difficultés.

Pour terminer, j'aimerais relever, à la suite de l'intervention de M. le conseiller aux Etats Peter Hegglin dans le débat d'entrée en matière, que les questions que vous avez posées doivent évidemment être analysées en détail, mais j'aimerais rappeler que la Confédération et les cantons ont déjà procédé à un grand nombre d'évaluations externes, réalisées par des indépendants. Une des premières évaluations commandées l'a été par l'OFSP auprès d'un institut indépendant. La Chancellerie fédérale a réalisé également des analyses et des évaluations de la première et, maintenant aussi, de la deuxième vague.

Les Commissions de gestion du Parlement ont également effectué des travaux qui nous sont extrêmement utiles. Les cantons, de leur côté, ont procédé à une autoanalyse de la situation; cela complète les autres approches.

Les conclusions qui seront tirées seront intégrées dans une révision nécessaire de la loi sur les épidémies, dont la consultation devrait avoir lieu l'année prochaine; puis, cette révision sera transmise au Parlement.

Les questions qui ont été posées font naturellement partie de l'analyse. Il faut rappeler ici que les questions de la surmortalité, des effets indésirables des vaccins et des niveaux de rémunération ne sont pas seulement liées au coronavirus, mais font partie de tous les débats relatifs aux maladies transmissibles.

Concernant les effets indésirables des vaccins, un suivi très précis est réalisé avec Swissmedic, et des statistiques sont élaborées; cela permet de suivre ce qui se produit en fonction du nombre de vaccins administrés. Il n'a d'ailleurs jamais été prétendu qu'il n'y avait aucun effet indésirable. Toutes les possibilités d'agir dans ce domaine sont concernées, mais, enfin, il nous semble que ces effets restent absolument dans les limites de ce qui avait été plus ou moins prévu et annoncé suite aux essais cliniques et aux travaux réalisés.

Quant à la surmortalité, il est clair que cette pandémie a des conséquences importantes; elle a eu des conséquences, pour les années 2020 et 2021, sur l'espérance de vie dans notre pays, qui, en fait, a diminué. C'est clair aussi que les vagues de l'été ont évidemment eu des conséquences. Vous pouvez constater que chaque vague a des conséquences en termes d'hospitalisation et de mortalité et que, moins on mesure les cas – ce qui s'est passé durant l'été –, moins on peut faire de lien entre le nombre de cas mesurés et l'effet sur la mortalité. Cela fait partie des analyses qui doivent encore être réalisées.

J'aimerais vous inviter à entrer en matière sur le projet, comme l'a fait votre commission.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition



Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie
Loi fédérale sur les bases légales des ordonnances du Conseil fédéral visant à surmonter l'épidémie de Covid-19

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2022 S 1079 / BO 2022 E 1079

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Abs. 3, 4ter, 5, 5bis

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 4bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Abs. 5

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 5bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Abs. 5, 5bis

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Abs. 5

Der Bund übernimmt die Kosten von Covid-19-Analysen in einer besonderen Lage nach Artikel 6 des Epidemien-gesetzes vom 28. September 2012.

Abs. 5bis

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3

Proposition de la majorité

Al. 3, 4ter, 5, 5bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 4bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Al. 5

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 5bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Al. 5, 5bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Al. 5

La Confédération prend en charge les coûts des analyses Covid-19 dans une situation particulière au sens de l'article 6 de la loi du 28 septembre 2012 sur les épidémies.

Al. 5bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Bei Artikel 3 Absatz 4bis geht es darum, dass der Nationalrat die Kantone bezüglich Spitalkapazitäten verstärkt in die Pflicht nehmen will. Die Kantone sollen nicht nur für genügend Reserven bei pandemiebedingten Belastungsspitzen sorgen – das ist an sich unbestritten –, sondern für die Aufnahme ausserkantonaler Patientinnen und Patienten in einem Spital gegenseitige Finanzierungsvereinbarungen abschliessen müssen. Das geht Ihrer Kommission zu weit. Sie beantragt Ihnen, dem Bundesrat zu folgen.

Die Ergänzung des Nationalrates wird für unnötig und nicht zielführend gehalten. Sie sei systemfremd und stelle die Spitalfinanzierungen infrage. Es ist auch nicht einzusehen, warum eine solche vertragliche Regelung nur für Covid-19-Patienten getroffen würde.

Ihre Kommission folgt damit auch der Haltung der Kantone. Auch diese sind der Meinung, dass sie das direkt untereinander regeln und dass keine unnötigen und teuren Vorhaltekapazitäten geschaffen werden sollen. Stattdessen soll eine Koordination der Plätze in den Intensivpflegestationen vorgenommen werden. Das hat während der Pandemie gut funktioniert. Die Kantone monieren, dass mit der nationalrätlichen Ergänzung vor allem administrativer Ballast anfalle, der über Jahre gepflegt werden müsste.

Die Kommission beantragt Ihnen hier also, dem Bundesrat zu folgen.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Zu den Absätzen 5 und 5bis haben wir verschiedene Minderheiten.

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Hier geht es um die Frage der Übernahme der Testkosten. Die Grundfrage war, wer ab dem 1. Januar 2023 die Testkosten übernehmen soll. In seinem Entwurf sieht der Bundesrat vor, dass die Kantone ab dem 1. Januar 2023 die Verantwortung für die Finanzierung der Covid-19-Tests übernehmen müssen. Der Nationalrat hat sich entgegen dem Entwurf des Bundesrates dafür ausgesprochen, dass die Teststrategie und die Testkosten weiterhin durch den Bund übernommen werden.

Die Mehrheit hat nun einen eigenen Antrag gestellt. Nebst dem Entwurf des Bundesrates und dem Antrag der Mehrheit gibt es drei Minderheitsanträge. Ich erläutere Ihnen ganz kurz die Anträge, die neben dem Entwurf des Bundesrates vorliegen. Zuerst erläutere ich den Antrag der Mehrheit, ich werde diesen nachher noch separat begründen: Die Mehrheit will die Verlängerung des heutigen Testregimes bis am 31. März 2023, damit am 1. April 2023 zum Normalzustand zurückgekehrt wird. Die Minderheit I (Graf Maya) will die Verlängerung des heutigen Testregimes und die Kostenübernahme durch den Bund bis am 31. März 2023; ab dem 1. April 2023 und bis am 30. Juni 2024 sollen die Kantone die Kosten übernehmen. Die Minderheit II (Stöckli) entspricht dem Beschluss des Nationalrates. Sie verlangt die Verlängerung des heutigen Testregimes und die Kostenübernahme durch den Bund bis am 30. Juni 2024. Die Minderheit III (Hegglin Peter) will, dass der Bund ab dem 1. Januar 2023 die Testkosten nur in einer besonderen Lage übernimmt.

Ich begründe Ihnen kurz den Antrag der Mehrheit: Die Mehrheit will möglichst rasch zum ursprünglichen Zustand zurückkehren und das heutige Regime – Kostenübernahme durch den Bund – nur noch um drei Monate, bis am 31. März 2023, verlängern. Damit wird nicht mitten im Grippewinter das System gewechselt, und die



Testkapazitäten bleiben bis in den Frühling erhalten. Damit kann auch die statistische Erfassung der Covid-19-Ausbreitung über die potenziell noch kritische Phase hinaus sichergestellt werden. Doch weiter soll das aufwendige und weitgehend durch die öffentliche Hand finanzierte Testregime nicht mehr verlängert werden. Die Mehrkosten für den Bund und die Kantone sind erheblich, der Nutzen ist nur noch begrenzt. Ab 1. April soll also wieder der Zustand wie vor Covid gelten. Damit wird ab 1. April auf eine spezifische bundesrechtliche Regelung von Covid-19-Analysen verzichtet.

Diese Lösung hat sich in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen relativ knapp durchgesetzt. Ich bin aber trotzdem der Auffassung, dass sie die beste Lösung ist. Sie werden nun die Minderheitsanträge begründet erhalten und dann selber entscheiden, welches für Sie die beste Lösung ist.

Graf Maya (G, BL): Sie haben es vom Kommissionssprecher gehört: Ich beantrage mit meiner Minderheit, und dies eigentlich als Kompromiss zwischen der nationalrätlichen Variante und der Bundesratsvariante, dass die Testkosten bis zum 31. März 2023 vom Bund übernommen werden. Danach geht die Kostenübernahme definitiv an die Kantone. Diese haben dann natürlich die Aufgabe, in eigener Verantwortung weiterhin eventuelle Testinfrastruktur, Installationen dafür und Tests zur Verfügung zu stellen. Denn wir müssen wissen: Wir stehen vor der sogenannten Grippezeit respektive wir sind

AB 2022 S 1080 / BO 2022 E 1080

eigentlich schon mitten darin. Wir sehen auch bereits, wie viele Menschen durch verschiedene Viren angesteckt und krank sind. Es ist daher gerade auch beim Covid-19-Virus, bei dem wir nicht wissen, ob neue Varianten auftauchen, sehr wichtig, dass das Infektionsgeschehen jederzeit verfolgt werden kann. Daher sind Teststrukturen und Testkosten bis Ende März beim Bund zu behalten.

Das will die Mehrheit auch. Aber die Mehrheit will nachher auch Artikel 3 Absatz 5bis ganz streichen, der den Kantonen den Auftrag gibt, ein ausreichendes Angebot an Covid-19-Analysen zu gewährleisten und die Durchführung zu regeln. Er hält auch fest – und das ist wichtig –, dass die Kantone Ausnahmen von der Kostenübernahme vorsehen können. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass es zwar dann eine bundesrechtliche Verpflichtung für die Kantone wäre, bis Juni 2024 eingreifen zu können und die Kosten zu übernehmen, dass sie aber genau im Rahmen von Absatz 5bis eine gewisse Flexibilität erhielten. Sie müssten also zwar ein ausreichendes Angebot gewährleisten, aber die epidemiologische Situation müsste selbstverständlich berücksichtigt werden, und die Kantone könnten bei der Testkostenübernahme auch Ausnahmen vorsehen.

Das ist sehr zentral und gibt uns die Möglichkeit, dass wir hier sicher unterwegs sind, auch im Winter 2023/24. Es ist ja nie sehr hilfreich, wenn wir eine Hüst-und-Hott-Politik machen. Dies gilt gerade im Bereich des Testens und im Bereich der Kostenübernahme. Daher ist es ein klares Signal, wenn der Bund die Kosten bis Ende März übernimmt. Ab 1. April sind die Kantone zuständig und müssen ein ausreichendes Angebot, so wie es die epidemiologische Situation erfordert, zur Verfügung stellen und die Testkosten übernehmen.

Ich bitte Sie, als Kompromiss der Minderheit I zu folgen.

Stöckli Hans (S, BE): Wir müssen drei Fragen beantworten. Die erste Frage ist: Wollen wir noch testen, und wenn ja, wie lange noch und aus welchen Überlegungen? Die zweite Frage ist: Welches Testregime wollen wir? Wollen wir ein einheitliches, nationales oder ein 26-faches, kantonales Testregime? Die dritte Frage, die wir beantworten müssen, ist: Wer soll diese Chose bezahlen?

Ich bin wie der Bundesrat auch der Meinung, dass wir die erfolgreiche Teststrategie jetzt nicht aufs Spiel setzen sollten und dass wir das Testen nach wie vor als wichtigen Bestandteil, als Element zur Bekämpfung von Covid-19 einsetzen sollten. Wenn wir weiterhin testen, sind die Erfolgsaussichten gut. Es ist klar, dass auch in der sogenannten normalen Lage der Zugang zum Testen nicht verhindert werden sollte. Deshalb ist es klug, wenn wir keine allzu einschränkenden Voraussetzungen für die Möglichkeit des Testens in die Gesetzgebung schreiben; ich sage dies insbesondere mit Blick auf die Minderheit III (Hegglin Peter), die ja nur eine Regelung für die besondere Lage vorsehen will. Epidemiologische Gutachten haben klar ergeben, dass die Voraussetzungen dafür, dass getestet werden kann, eben auch in der normalen Lage zumindest rechtlich gegeben sein sollten.

Die zweite Frage lautet wie gesagt: Ist es wirklich sinnvoll, die Kantone jetzt einzuladen und zu verpflichten, ab 1. Januar oder 1. April Testregimes einzuführen? Die Kantone haben sich diesbezüglich klar geäußert. Für sie ist das ein ganz schwieriges Gebiet. Das gegenwärtige System hat sich eingespielt, es hat sich bewährt. Der Entwurf des Bundesrates und der Minderheitsantrag I (Graf Maya) würden dazu führen, dass die Kantone im Verlauf des nächsten Jahres dann plötzlich die Regimes selbst definieren müssten, dass sie selbst verantwortlich wären, zu definieren, nach welchen Kriterien, auf welche Weise die Tests gemacht werden. Ich denke



nicht, dass die Bevölkerung das verstehen würde. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir gemäss dem System weiterfahren sollten, das bisher gegolten hat, mit den zwei Jahren, die Herr Bundesrat Berset erwähnt hat. Die dritte Frage ist natürlich: Wer soll das bezahlen? Bisher wurden die Zahlungen grosszügigerweise vom Bund übernommen; es wurde erwähnt, um welche Beträge es sich handelt. Ist es da klug, im Verlaufe des Prozesses, den wir hoffentlich immer besser in den Griff bekommen, nun auch diese Zahlungen zu verändern? Wir haben die Zahlen gehört: Für 2023 spricht man von etwa 400 Millionen Franken, für 2024 noch von etwa 200 Millionen Franken.

Ich denke, wir sind gut beraten, wenn wir in diesem Bereich dem Nationalrat folgen und das Regime, das wir bis heute erfolgreich geführt haben, weiterführen, solange es nötig ist – es ist ja eine Kann-Vorschrift. Ich empfehle Ihnen, die Variante gemäss der Minderheit II (Stöckli) gutzuheissen.

Hegglin Peter (M-E, ZG): Trotz erfolgter Rückkehr in die normale Lage Ende März 2022 hat der Bundesrat die Covid-Testerei weitergeführt und will sie unverändert bis nächsten Frühling weiterführen. Nur: Zahlen sollen es die Kantone, was die Sinnhaftigkeit der Massnahme auch nicht verbessert. Ab dem 1. April 2023 sollen die Kantone verpflichtet werden, ein hinreichendes Testangebot zur Verfügung zu stellen und die Kosten dafür zu tragen. Der Nationalrat widersetzt sich diesem Ansinnen und will die Regelung der Tests und der Kostenübernahme beim Bund belassen; auch die Kantone sind dieser Meinung.

Seit dem 1. April 2022 haben wir wieder die normale Lage. Seit dem 1. April hätten wir das Testregime eigentlich aufgeben können. Seit dem 1. April müssen positiv auf Covid getestete Personen nicht mehr in Isolation. Es gibt auch sonst keine weiteren Auflagen als die auch bei anderen Krankheiten bestehenden Empfehlungen, sich und andere zu schützen und alles zu unternehmen, um möglichst schnell wieder zu genesen und niemanden anzustecken. Seit dem 1. April 2022 hätten die Kantone wieder in der Verantwortung stehen und die notwendigen Testmassnahmen ergreifen können. Hätten sie das Testregime gleich wie der Bund weitergeführt? Diese Frage bleibt offen.

Wir geben in diesem Jahr für die Tests 1,6 Milliarden Franken aus, gegenüber 2,1 Milliarden Franken im letzten Jahr. Die Verwaltung sagt, der Hauptnutzen liege in der Übersicht über die epidemiologische Entwicklung. Eine solche Übersicht könnte auch viel günstiger, zum Beispiel mit Abwasserproben, gewonnen werden. Was haben die Tests ergeben? Welche Massnahme hat man ergriffen? Welche Auflagen wurden als notwendig erachtet? Keine einzige Massnahme wurde seit letztem Frühling ergriffen, keine einzige Massnahme! Wir geben also 1,6 Milliarden Franken aus. Ja, wofür denn? Für mich ist das Geldverschwendung. Wenn jetzt gesagt wird, das Testregime sei erfolgreich gewesen, in dem Sinne, dass man gewusst hat, wie viele Ansteckungen pro Tag erfolgt sind, dann frage ich: Ist es denn schon ein Erfolg, diese Zahl zur Kenntnis zu nehmen? Ich meine, das reicht nicht.

Ich habe bereits im Sommer und im Herbst beantragt, das Testregime zurückzufahren. Damals hat man mir gesagt, dass man das vor dem Winter nicht machen könne. Jetzt stehen wir mitten im Winter. Die Covid- und Grippefälle haben zwar zugenommen, wie in jedem Winter, trotzdem musste keine besondere Lage ausgerufen werden. Wir können auch davon ausgehen, dass es in Bezug auf Covid keine besondere Lage mehr geben wird. Weshalb also weiterhin zwischen 200 Millionen und 1200 Millionen Franken, je nach Version, die Sie wählen, für Tests ausgeben, für Testergebnisse, aufgrund derer man dann trotzdem keine Massnahmen beschliesst?

Es macht auch keinen Sinn, dass die Kantone sie bezahlen sollen. Wahrscheinlich macht es dann auch noch weniger Sinn, dass die Kantone eigenständig für den Vollzug zuständig sein sollen. Es gäbe dann eigentlich 26 unterschiedliche Vollzugsvarianten.

Mit der Annahme meines Minderheitsantrages helfen Sie, mit dem Thema kostenbewusst umzugehen. Der Bund soll Tests durchführen, wenn wir in einer besonderen Lage sind. Dann sollen wir testen, dann macht es auch Sinn, und dann kann man auch entsprechende Massnahmen ergreifen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Aber jetzt einfach die Testerei weiterzuführen, ohne Aussicht auf irgendwelche Massnahmen, macht wirklich keinen Sinn. Sie können diese über 200 Millionen Franken einsparen – davon bin ich fest überzeugt –, ohne dass die schweizerische Bevölkerung an Lebensqualität verlieren würde und ohne dass wir die

AB 2022 S 1081 / BO 2022 E 1081

Ausbreitung des Coronavirus deshalb weniger einschränken könnten.
Ich empfehle Ihnen, meiner Minderheit III zuzustimmen.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU): Ich möchte Sie ebenso bitten, die Minderheit III zu unterstützen. Ich persönlich sehe den Nutzen wirklich nicht mehr, wenn der Bund oder die Kantone die Tests bezahlen.





Der Bund hat zu Recht immer noch ein Überwachungssystem in Betrieb, wonach die Spitalbelegungen konstant überprüft werden. Gemessen wird auch die Viruszirkulation im Abwasser. Das ist alles richtig und gut so. Stellen Sie sich aber einfach vor, Sie würden sich testen lassen – Sie lassen sich ja testen, weil Sie Symptome haben -: Wenn Sie dann mit einem negativen Test nachhause kommen, haben Sie den Eindruck, es gebe überhaupt kein Problem. Es gibt aber weiterhin zirkulierende Viren. Kollegin Graf hat zu Recht von der Grippezeit gesprochen.

Es geht hier schon auch um unsere Eigenverantwortung. Wenn wir Symptome jeglicher Art haben, müssen wir allenfalls ein oder zwei Tage zuhause bleiben. Ich glaube, wir können in der jetzigen Situation die Hunderte von Millionen Franken, die man hier je nachdem zusätzlich ausgeben würde, wirklich zielführender einsetzen. Ich bitte Sie, die Minderheit III zu unterstützen.

Berset Alain, conseiller fédéral: La question qui se pose est assez simple. Il s'agit de savoir comment sortir du régime de tests de manière ordonnée et garantir un retour à la normale sans provoquer de choc. C'est ce qui avait conduit le Conseil fédéral à proposer que le financement des tests ne soit assuré par la Confédération que jusqu'au 31 décembre 2022, c'est-à-dire dans un mois; le financement de la Confédération s'arrêtera là. Par contre, jusqu'en mars 2023 – parce qu'il faut passer l'hiver –, des règles sont fixées qui permettent de revenir à un financement par les cantons pour certains tests; ensuite, il y a une possibilité de suivi.

Maintenant, il y a sur la table plusieurs variantes différentes du projet du Conseil fédéral. La plupart vont plus loin en fait, notamment celle du Conseil national, qui est soutenue par la minorité II (Stöckli), qui propose que la Confédération prenne tout en charge jusqu'à l'été 2024. Cela fait une grosse différence, ce sont dix-huit mois de plus, et ce n'est pas ce que souhaite le Conseil fédéral.

La proposition de la minorité I (Graf Maya) est très proche de celle du Conseil fédéral, à la différence près que c'est la Confédération qui paierait trois mois de plus, à savoir jusqu'à fin mars de l'année prochaine.

Il y a la proposition de la majorité, qui nous paraît tout à fait raisonnable pour ce qui concerne l'objectif de la fin du mois de mars, mais qui, pour la suite, nous paraît par contre poser problème, car nous ne pouvons pas savoir aujourd'hui s'il n'y a pas quelques types de tests qui devraient être réalisables aussi à l'avenir, et qui seraient alors financés par les cantons.

Il y a également la minorité III (Hegglin Peter), qui vient d'être défendue. Elle propose de lier le financement des tests à la situation particulière. Cela ne nous paraît pas une très bonne idée, parce que cela signifie qu'il y aura une pression accrue sur la situation particulière. Vous avez remarqué que, depuis deux ans, les cantons ont tout fait pour que nous ne quittions pas la situation particulière. En tout cas, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de la santé a essayé de faire en sorte que la Confédération en reste à la situation particulière.

Nous n'avons pas souhaité le faire. Cela ne s'est pas fait avec l'accord des cantons, même si maintenant cela paraît largement accepté. Si c'était lié au financement du régime de tests, cela nous paraît également poser des problèmes pour ce qui est de la continuité et de la sécurité juridique. Si, tout à coup, la situation devait empirer rapidement et il fallait décréter la situation particulière, on ne pourrait pas automatiquement penser que les capacités de test seraient tout de suite là. Les choses sont donc un peu différentes. La question, pour nous, n'est pas d'y revenir plus tard. Avec la proposition de M. Hegglin, on pourrait revenir plus tard à davantage de tests, en fonction de la situation, alors que nous souhaitons en sortir, mais de manière ordonnée. J'aimerais vous inviter à suivre la proposition du Conseil fédéral. Comme personne ne la soutient directement dans votre conseil, cela fait une option supplémentaire, ce qui compliquera la procédure de vote – Madame la Présidente, pardon pour cela. Nous souhaitons avoir une situation qui soit aussi claire que possible, afin de pouvoir indiquer rapidement aux cantons et à l'ensemble des acteurs ce qu'il convient de faire.

J'ajoute un dernier élément. La capacité à mener des tests et à avoir des résultats de test qui soient un peu fiables en matière de statistique et de suivi est un moyen d'avoir une vision de ce qui se passe avec la pandémie. Si vous regardez aujourd'hui le "dashboard" de l'OFSP sur la pandémie, vous y trouvez beaucoup d'informations très utiles pour voir où nous nous situons. Cela nous permet d'être relativement détendus avec l'arrivée de cet hiver. Oui, nous avons des infections, environ 10 000 tests sont réalisés en moyenne journalière actuellement – je vous rappelle qu'au pic de la pandémie, en février de cette année, on en était à 100 000: on est donc 10 fois plus bas qu'au mois de février et on espère y rester. On voit, avec le nombre d'infections, que cela va par vague, cela monte un peu et redescend, donc il n'y a rien de grave pour le moment, cela ne pose pas de problème pour le système hospitalier. C'est une bonne nouvelle. Pour avoir cette vision, il faut aussi avoir des tests qui permettent d'en dire quelque chose.

C'est la même chose si l'on souhaite avoir des informations sur la surmortalité. Moins on fait de tests, moins on peut expliquer la surmortalité. Une partie de la surmortalité s'explique évidemment par les infections causées



par le Covid-19. Si l'on consulte les chiffres de l'été dernier, on constate une surmortalité; or c'était en plein milieu d'une vague; donc il y a certainement un lien. Mais ce n'est pas à moi de le dire. Il faut que des statisticiens et des spécialistes analysent les chiffres. Si on souhaite un certain suivi, au moins cet hiver, il faut une base légale qui nous permette de suivre l'évolution jusqu'à la fin de l'hiver.

Nous avons toujours essayé d'être raisonnables avec ces tests. Le fait de nous donner une base légale qui permette de continuer d'ordonner certains tests financés par les cantons lorsqu'ils sont nécessaires ne se fera pas non plus contre l'avis des cantons, vous pouvez bien l'imaginer.

Donc, j'aimerais vous inviter à suivre sur ce point la position du Conseil fédéral. Subsidiairement, la proposition de la minorité I (Graf Maya) nous paraît assez proche de ce que souhaite le Conseil fédéral, même si elle est un peu plus généreuse.

Par contre, je vous invite à repousser la proposition de la minorité II (Stöckli) qui coûterait très cher à la Confédération. Ce que la minorité II voudrait ne nous paraît pas nécessaire.

La proposition de la minorité III (Hegglin Peter) établit un lien qui nous paraît délicat avec la situation particulière. Nous ne souhaitons pas ce lien avec la situation particulière parce qu'on pourrait de cette façon déléguer à des tiers le fait de décider si la Confédération finance ou pas. Je vous rappelle que, dans la loi sur les épidémies, la situation particulière n'est pas une décision politique: on constate qu'il y a une situation particulière à partir du moment où les cantons l'annoncent et où la situation l'exige, à partir du moment où notamment l'OMS déclare qu'il y a une pandémie mondiale – ce qui est encore le cas aujourd'hui. Moi, je proposerais qu'on ait la liberté sur le plan politique de décider s'il faut financer ou pas les tests et qu'on ne crée pas d'automatisme. Voilà pour la proposition de la minorité III.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Der Bundesrat hält bei den Absätzen 5 und 5bis an seinem Antrag fest.

Abs. 5, 5bis – Al. 5, 5bis

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag des Bundesrates ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2022 S 1082 / BO 2022 E 1082

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag des Bundesrates ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 17 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag des Bundesrates ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Antrag der Minderheit III ... 30 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 15 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 4 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 4 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Mehrheit

Abs. 1 0

Die Geltungsdauer von Artikel 3 Absatz 5 wird bis zum 31. März 2023 verlängert.

Abs. 1 Einleitung

Die Geltungsdauer der folgenden Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes vom 25. September 2020 wird bis zum 30. Juni 2024 verlängert:

Abs. 1 Bst. a

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1 Bst. b-d

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Abs. 1 0

Die Geltungsdauer von Artikel 3 Absatz 5 wird bis zum 31. März 2023 verlängert.

Abs. 1 Einleitung

Die Geltungsdauer der folgenden Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes vom 25. September 2020 wird bis zum 30. Juni 2024 verlängert:

Abs. 1 Bst. a

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Abs. 1 0

Streichen

Abs. 1 Einleitung

Die Geltungsdauer der folgenden Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes vom 25. September 2020 wird bis zum 30. Juni 2024 verlängert:

Abs. 1 Bst. a

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Abs. 1 0

Streichen

Abs. 1 Einleitung

Die Geltungsdauer der folgenden Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes vom 25. September 2020 wird bis zum 30. Juni 2024 verlängert:

Abs. 1 Bst. a

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la majorité

Al. 1 0

La durée de validité de l'article 3 alinéa 5 est prolongée jusqu'au 31 mars 2023.

Al. 1 introduction

La durée de validité des dispositions suivantes de la loi COVID-19 du 25 septembre 2020 est prolongée jusqu'au 30 juin 2024:



Al. 1 let. a

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1 let. b-d

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Al. 1 0

La durée de validité de l'article 3 alinéa 5 est prolongée jusqu'au 31 mars 2023.

Al. 1 introduction

La durée de validité des dispositions suivantes de la loi COVID-19 du 25 septembre 2020 est prolongée jusqu'au 30 juin 2024:

Al. 1 let. a

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Al. 1 0

Biffer

Al. 1 introduction

La durée de validité des dispositions suivantes de la loi COVID-19 du 25 septembre 2020 est prolongée jusqu'au 30 juin 2024:

Al. 1 let. a

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Al. 1 0

Biffer

Al. 1 introduction

La durée de validité des dispositions suivantes de la loi COVID-19 du 25 septembre 2020 est prolongée jusqu'au 30 juin 2024:

Al. 1 let. a

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 0, 1 Bst. a – Al. 1 0, 1 let. a

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit III

Adopté selon la proposition de la minorité III

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Wir haben noch über zwei Ausgabenbremsen abzustimmen.

Art. 3 Abs. 2 Bst. e – Art. 3 al. 2 let. e

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.046/5451)

Für Annahme der Ausgabe ... 40 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)



*Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise*

AB 2022 S 1083 / BO 2022 E 1083

Art. 3 Abs. 5; Ziff. II Abs. 1 Bst. a – Art. 3 al. 5; ch. II al. 1 let. a

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.046/5456)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Ziff. III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. IV

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Abs. 2

Es tritt unter Vorbehalt von Absatz 3 am 1. Januar 2023 in Kraft und ...

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. IV

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national



Proposition de la minorité I

(Graf Maya, Carobbio Guscetti, Rechsteiner Paul)

Al. 2

Elle entre en vigueur le 1er janvier 2023, sous réserve de l'alinéa 3, et a effet jusqu'au 30 juin 2024.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Stöckli, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Rechsteiner Paul)

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité III

(Hegglin Peter, Germann, Häberli-Koller, Kuprecht)

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit III

Adopté selon la proposition de la minorité III

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 22.046/5457)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)